Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Rundbrief

Liebe Freundinnen und Freunde,

die große Flüchtlingsbewegung nach Europa zeigt, dass sich die Probleme der Welt auch in Europa nicht mehr verbergen lassen. Insbesondere seit dem vergangenen Sommer sind die Folgen von Kriegen, Unterdrückung, Hunger und Elend direkter und sichtbarer in unser Leben gekommen. Allerdings sind es kaum zehn Prozent der Flüchtlinge, die ihre eigenen Landesgrenzen überschreiten, die es überhaupt in die reichen Industrieländer des Nordens schaffen und dort einen Asylantrag stellen können. Obwohl gerade diese Industrieländer - auch Deutschland - durch militärische und strukturelle Gewalt die Hauptverursacher des Flüchtlingselends sind, bekommen wir es bisher also nur mit einem relativ geringen Teil des Elends zu tun.

Bundeskanzlerin Merkel „*hat ein Jahrzehnt lang so getan, als könne Deutschland als Exportnation von der neoliberalen Version der Globalisierung profitieren, ohne die negativen Folgen zu spüren. Das war ihre große Lüge*“, schreibt Stephan Hebel in der Frankfurter Rundschau. Dieser Lüge habe nicht zuletzt auch eine Flüchtlingspolitik gedient, die tausendfachen Tod im Mittelmeer in Kauf genommen habe, um das Problem nur ja aus dem begrenzten deutschen Gesichtsfeld zu verbannen. Aber irgendwann im Sommer 2015 müsse Angela Merkel gemerkt haben, dass sich diese Politik ohne Schäden für „ihr“ Europa, und damit auch für Deutschland, nicht würde fortsetzen lassen. Zu groß sei der Druck durch den täglichen Tod im Mittelmeer und durch die Bilder aus den Lagern in Jordanien oder dem Libanon geworden. Vielleicht sei bei der Kanzlerin zusätzlich die Überzeugung gewachsen, dass die Abschottung auch moralisch nicht mehr lange zu rechtfertigen sei. Sicher sei sie – gestützt auf die Erfahrung deutscher Vormacht in der EU – irrtümlich davon ausgegangen, dass der Rest Europas die Wende mit vollziehen würde. „*Und warum sollte die deutsche Bevölkerung, die doch immer so schön stillgehalten hatte, das nicht auch weiter tun?*“ So sei es zu Sätzen wie „Wir schaffen das“ und „Das Asylrecht kennt keine Obergrenze“ gekommen, gestützt sicher auch auf die Erwartung, bei den Trägern der „Willkommenskultur“ zu punkten. Für die anderen habe es ja das gegeben, was Merkel selbst stolz die „*härtesten Verschärfungen des Asylrechts seit 20 Jahren*“ nannte.

Abschreckung, Abwehr, Abschottung und Abschiebung von Schutzsuchenden

Inzwischen macht die Bundesregierung selber wieder in ihrem öffentlichen Auftreten klar, was für sie in der Asyl- und Flüchtlingspolitik vorrangig ist: Eine äußerst rigide Verschärfung des Asylrechts, verschärfte Abschieberegeln, neue „sichere Herkunftsländer“, Reduzierung der Zuzüge, Zusammenarbeit mit Despoten wie Erdogan und aus afrikanischen Staaten, die als Flüchtlings-Häscher und -Internierer fungieren sollen. Die verschärfte Orientierung ist Abschreckung, Abwehr, Abschottung und Abschiebung. Zwar redet die Kanzlerin noch von offenen Grenzen, lässt aber ihren Innenminister alles dicht machen. Und nun wird auch noch die NATO erstmals in der Geschichte des Militärbündnisses auf Betreiben Deutschlands, der Türkei und Griechenlands zur Bekämpfung von Flüchtlingsbewegungen nach Europa eingesetzt.



Die EU setzt Griechenland massiv unter Druck, damit sie Flüchtlinge an der Seegrenze abwehrt. Griechenlands Regierung fragt, ob die EU-Länder der Auffassung seien, dass die Flüchtlinge ertrinken sollten. „Was wollen Sie, dass wir tun?“ Foto: Bartek Langer

Aus dem Inhalt

- **Nachrichten**
- **Begegnung mit geflüchteten Menschen**
- **Trauer um Andreas Buro**
- **Andreas Buro: WARUM?**
- **Menschen vor Gewalt schützen**
- **Täglich ach tote Flüchtlinge in der Ägäis**
- **Finanzamt bremst demokratisches Engagement**
- **Wecker: Von ihnen dürfen wir lernen**

88
März 2016
23. Jahrgang

Eine Folge dieser europäischen Flüchtlingsabwehrpolitik sind die vielen Toten an den europäischen Außengrenzen. Rund 30.000 Menschen starben in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten auf ihrem Weg nach Europa. Alleine im Januar haben wieder ca. 300 Menschen dabei ihr Leben verloren – die meisten bei Bootskatastrophen in der Ägäis. „*Der Zynismus ist kaum zu übertreffen: Während die Todeszahlen täglich steigen, drängen die europäischen Staats- und Regierungschefs Griechenland und die Türkei zu verstärkter Abwehr*“, stellt die Flüchtlingsorganisation PRO ASYL zu Recht fest. Ausführlicher nachzulesen ist die Stellungnahme von PRO ASYL in dem in diesem Rundbrief veröffentlichten Artikel: „Januar 2016: Täglich acht tote Flüchtlinge in der Ägäis“.

Warum gibt es eigentlich kaum nennenswerten organisierten Protest gegen die Asylrechtsverschärfung und die Grenzpolitik? Wir haben doch gerade seit dem vergangenen Sommer, wie noch nie zuvor in Deutschland, eine überwältigende Solidarität von Menschen erlebt, die sich für die Geflüchteten einsetzen. Warum lehnen sich die unzähligen Initiativen und Einzelnen, die sich ganz praktisch um Flüchtlinge kümmern, nicht gegen diese Verschärfungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik auf? Lassen sie sich täuschen durch das öffentliche Lob und die Unterstützung des vielfältigen Engagements der Zivilgesellschaft? Möchten sie ihr Engagement eventuell bewusst als unpolitische Hilfe für Notleidende ansehen?

Fluchtursachen wirksam bekämpfen

Jedenfalls gerät, über all die Abwehr- und Abschottungsmaßnahmen und die Diskussion von Obergrenzen für die Aufnahme, ganz aus dem Blick, dass Schutzsuchende vor allem darauf angewiesen sind, dass ihnen andernorts das Menschenrecht auf halbwegs unversehrtes Leben zuerkannt wird. Denn Menschen fliehen ja nicht aus purer Lust und Laune aus ihrer Heimat. Sondern vor Krieg, Gewalt, Terrorherrschaft, Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit, Seuchen und Klimawandel. Wer also möchte, dass nicht so viele Menschen aus ihrer Heimat flüchten, muss alles tun, um Fluchtländer wieder zu Ländern zu machen, in denen Menschen leben können. Das bedeutet, Fluchtursachen zu bekämpfen. Diese Aufgabe ist natürlich unendlich schwer. Zumal es nichts weniger bedeutet, als ein Wirtschaftssystem zu überwinden, das zahlreichen Menschen die Lebensgrundlagen raubt und für die Massenflucht mitverantwortlich ist. Waffenexporte müssen verboten werden! Allerdings fehlt hierzu der politische Wille, entgegen der immer wieder in Politikerreden zu hörenden Floskel von der Bekämpfung der Fluchtursachen.

Was also tun? Kürzlich hat Theo Christiansen vom Grundrechtekomitee in einem Kommentar folgende Antwort auf diese Frage gegeben: „*Auch wenn es illusorischer scheint als je zuvor: Es gibt keine gute Alternative als der Hinweis darauf, dass die aktuellen Fluchtbewegungen nach Europa nichts anderes sind als Abbild einer weltweiten Entwicklung von Zerstörung, an der Deutschland tatkräftig mitgewirkt hat. Und darüber hinaus? Da geht es darum, Nothilfe zu leisten, also sichere Fluchtwege nach Europa zu ermöglichen und Flüchtlinge aufzunehmen. Rüstungsexporte müssen gestoppt und die Unterstützung von kriegsführenden Parteien und Staaten – so z.B. auch der Türkei – eingestellt werden. Das wäre nicht viel und sogar leicht zu bewerkstelligen. Aber es wird vermutlich nicht geschehen, denn das würde bedeuten, dass Deutschland einen Paradigmenwechsel einleiten würde, an dessen Anfang dann tatsächlich eine Obergrenze für tote Flüchtlinge stünde.*“

Soweit es in unseren bescheidenen Kräften und Möglichkeiten liegt, werden wir uns als *Lebenshaus* weiter engagieren, dass zumindest das relativ Wenige, das Theo Christiansen anführt, eines Tages Wirklichkeit werden wird. Gemeinsam mit anderen Menschen und Initiativen, eingebunden in Bündnisse und soziale Bewegungen, die sich für diese Ziele einsetzen.

Zivile Konfliktbearbeitung

Einer, der sich seit fast 60 Jahren in sozialen Bewegungen für eine gerechte, friedvolle Welt engagiert hat, ist leider verstorben: Andreas Buro. Insbesondere die Überwindung von Krieg und Gewalt und der Einsatz für Zivile Konfliktbearbeitung waren für ihn ein Arbeitsschwerpunkt in den vergangenen Jahrzehnten. Diese Konzepte Ziviler Konfliktbearbeitung, wie sie Andreas entwickelt und propagiert hat, konsequent umgesetzt, würden sicher dazu beitragen, dass sich weniger Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat veranlasst sehen. Wir würdigen das herausragende Engagement von Andreas Buro ausführlich in diesem Rundbrief.

Christine Schweitzer stellt in dem für unseren Rundbrief verfassten Artikel „Werben für Alternativen: Menschen vor Gewalt schützen – nicht bombardieren“ ein konkretes Konzept Ziviler Konfliktbearbeitung vor, das „Zivile Peacekeeping“. Darunter wird ein Ansatz verstanden, Menschen vor Gewalt in Konfliktsituationen zu schützen, indem eine längerfristige Präsenz unbewaffneter ausgebildeter Friedensfachkräfte vor Ort aufgebaut wird.

Wie realistisch ist es, dass solche zivilen Konzepte wirksam werden? Andreas Buro hat in seinem letzten Artikel, den wir in diesem Rundbrief vollständig abdrucken, folgenden Ausblick gegeben:

„*In vielen Teilen der Welt bilden sich Widerstandsgruppen gegen Krieg und Gewalt, Ausbildungsstätten für Zivile Konfliktbearbeitung entstehen und Ausgebildete werden bereits in Konflikten erfolgreich eingesetzt. Das Bemühen ist oft schwierig …! Manche Kontrahenten, die nicht mehr siegen können, lassen sich auf Verhandlungen ein und lernen, wie erfolgreich Zivile Konfliktbearbeitung sein kann. Soziale Bewegungen auf anderen Arbeitsfeldern lernen von einander, dass zivile Konfliktbearbeitung auch für sie hilfreich ist. Erstaunlicherweise schleicht sich auch nicht selten bei Militärs Zweifel ein, ob ihr Tun noch sinnvoll sei. Viele sprechen von Friedenslogik, die die Kriegslogik in Frage stellt.*“

Herzliche Grüße

Euer / Ihr



Michael Schmid

Einladung zur Mitgliederversammlung

am Samstag, 9. April 2016 im *Lebenshaus* in Gammertingen
Beginn: 10 Uhr – Ende: ca. 12.30 Uhr

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde des *Lebenshauses*,

unsere diesjährige Mitgliederversammlung wird wieder eine gute Gelegenheit sein, sich unmittelbar von Vorstand und Aktiven über die Arbeit im vergangenen Jahr berichten zu lassen, auch über Einzelheiten, über die in den Rundbriefen nicht berichtet werden konnte. Gleichzeitig ist das eine gute Gelegenheit, im direkten Austausch über die Aktivitäten des Vereins zu reflektieren sowie über Inhalte und die zukünftige Arbeit zu diskutieren. Dazu möchten wir Euch ganz herzlich einladen!

Im Anschluss an die MV besteht wie immer die Möglichkeit zum gemeinsamen Mittagessen (bitte hierfür unbedingt bis spätestens 7.4.2016 anmelden!). Ende des Treffens ca. 14 Uhr. Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Mitglieder, Freundinnen und Freunde zu treffen.

Herzliche Grüße

Februar 2016 Axel Pfaff-Schneider (Vorsitzender) (Geschäftsführer)

Programm

10.00 Uhr **Mitgliederversammlung**

1. Begrüßung / Formalia
2. Rechenschaftsbericht des Vorstands
3. Bericht der Kassenprüfer
4. Aussprache zu den Berichten
5. Entlastung des Vorstands
6. Verschiedenes: Wünsche, Anregungen, Mitteilungen

PS: Laut Satzung haben Mitglieder bei der MV Rede-, Antrags- und Stimmrecht, Fördermitglieder haben Rederecht

ca. 12.45 Uhr **Mittagessen**

Stärken Sie *Lebenshaus Schwäbische Alb* für sein weiteres Engagement

Wir wollen uns weiter für gerechten Frieden und eine lebensfähige und lebenswerte Mitwelt engagieren. Dafür bitten wir um Ihre/Deine Unterstützung. Denn *Lebenshaus Schwäbische Alb* ist für sein gesamtes Engagement fast ausschließlich auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen, die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, Personalkosten für eine 30-Prozent-Teilzeitstelle und einen Minijob sowie möglichst Abbau von Schulden durch das *Lebenshaus*-Gebäude erfordern erhebliche Finanzmittel.

Die **Finanzierungslücke**, die es zum Jahresende noch gab, konnte fast vollständig geschlossen werden. Dies war einerseits möglich dank der großen Unterstützung zahlreicher Menschen. Zum anderen hat sich der Fehlbetrag aber auch deshalb verringert, weil die Begleichung offener Rechnungen für die bereits 2014 erfolgte Erneuerung von baulichen Anschlüssen des vereinseigenen Gebäudes eingeplant war, die aber bis zum Jahresende nicht eintrafen. Diese Rechnungen sind zwischenzeitlich eingetroffen, weshalb sie mit ca. 5.000 € unseren Haushalt für 2016 zusätzlich belasten werden.

Jede Spende – groß oder klein - und jede Fördermitgliedschaft hilft! Und zinslose Darlehen sind ebenfalls nützlich. Herzlichen Dank dafür.

Nachrichten aus dem Lebenshaus

Tagung im Herbst 2016

Ein Aufruf aus Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Sozialer Arbeit

Weil unsere Tagungen in den vergangenen drei Jahren auf eine positive Resonanz gestoßen sind, planen wir für den Herbst 2016 erneut eine Tagung „'We shall overcome!' Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht" sowie weitere Programmpunkte. Konkret geht es um das Wochenende 15./16 Oktober 2016.

Als Referierende konnten wir gewinnen: Sonnhild Thiel aus Karlsruhe, seit Jahrzehnten in der Friedensbewegung engagiert, vor allem in der *Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK);* Werner Gebert aus Ofterdingen bei Tübingen, 1978 aus dem Kirchendienst entlassener Theologe, der später u.a. Referent beim *Evangelischen Missionswerk* Hamburg und Abteilungsleiter bei *Dienste in Übersee* war; Ursula Sladek aus Schönau im Schwarzwald, bekannt geworden als „Stromrebellin", die lange Jahre den ursprünglich aus einer Bürgerinitiative hervorgegangenen ersten deutschen Ökostromanbieter *Elektrizitätswerke Schönau (EWS)* leitete. Alle drei Referierenden werden Einblick in ihr jeweiliges persönliches Engagement geben.

Die Schwäbische Alb ist geprägt durch eine herrliche Landschaft. Natürlich kann der idyllische Schein auch trügen. Besonders deutlich wird das in Grafeneck, wo im Jahr 1940 über 10.600 Menschen durch NS-"Euthanasie"-Verbrechen ermordet wurden. Wir bieten am Sonntag eine Führung in der dortigen Gedenkstätte und im Dokumentationszentrum an. Daran schließt sich eine kleine Wanderung zum Haupt- und Landgestüt Marbach an.

Dem nächsten Rundbrief wird dann ein Flyer mit dem gesamten Programm dieses Wochenendes beiliegen.

Dringend gesucht werden zwei bis drei Personen, die während der Tagung tatkräftig an den organisatorischen Aufgaben im Hintergrund verbindlich mitarbeiten (Verpflegung, Küche, Räume herrichten usw.). Wer sich eine Mitarbeit vorstellen kann, soll sich bitte mit uns in Verbindung setzen.



Flüchtende aufnehmen und Fluchtursachen beseitigen

Flüchtende aufnehmen und Fluchtursachen beseitigen - mit dieser zentralen Forderung hat sich Mitte Dezember eine zivilgesellschaftliche Initiative an die Öffentlichkeit gewandt. Gründer der „*Plattform wider Abschottung und Fremdenfeindlichkeit*" sind das globalisierungskritische Netzwerk *Attac*, das *Institut Solidarische Moderne*, die Menschenrechtsorganisation *Medico International* sowie die christliche Zeitschrift *Publik-Forum*.

Die Plattform wird von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Einzelpersonen mitgetragen, darunter der Vorsitzende der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, Stephan Lessenich, der Aachener-Friedenspreis-Träger Heiko Kaufmann, die Kabarettisten Volker Pispers, Urban Priol und Georg Schramm, die Sängerin Judith Holofernes, der Liedermacher Konstantin Wecker und der Lindenstraßen-Produzent Hans W. Geißendörfer.

Zu den unterzeichnenden Organisationen gehören etwa *Oxfam Deutschland*, *Pax Christi*, *Fian Deutschland*, die *Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB)*, das *Forum Umwelt und Entwicklung*, die *Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen*, die *Nationale Armutskonferenz* sowie *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.*

„Wir setzen uns für eine starke Willkommenskultur ein und lehnen Lösungen ab, die auf nationale Ausgrenzung und eine gewalttätige Abschottung an den Grenzen Europas setzen", heißt es in dem Gründungstext der Plattform, der online unterzeichnet werden kann. „Wir fordern eine Stärkung des Asylrechts und seine Ergänzung durch ein Migrationsrecht, das sich an den Menschenrechten und nicht am wirtschaftlichen Nutzen orientiert."

Zudem gelte es, die voranschreitende Zerstörung von Lebensbedingungen zu stoppen. Als Ursachen für die Ausgrenzung großer Teile der Weltbevölkerung und die global steigende soziale Ungleichheit nennt der Text unter anderem ungebremsten Freihandel, eine umweltzerstörende Wirtschaftspolitik sowie Rüstungsexporte.

Es werden UnterzeichnerInnen / UnterstützerInnen dieses Aufrufs gesucht. Mehr unter: www.recht-auf-willkommen.de

Finanzamt erneuert Gemeinnützigkeit

Der Verein *Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.* erhielt mit Datum vom 20.11.2015 vom Finanzamt Sigmaringen wieder einen neuen Freistellungsbescheid, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken dient. Vorausgegangen war die Überprüfung durch das Finanzamt, ob unser Verein von der Satzung und der realen Geschäftsführung her noch die Voraussetzung für die Gemeinnützigkeit erfüllt. Eine derartige Überprüfung findet regelmäßig alle drei Jahre bei allen gemeinnützigen Organisationen statt.

Im neuen Bescheid des Finanzamtes heißt es, dass unser Verein mildtätige sowie die allgemein als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke fördert: Unter anderem Förderung der Volks- und Berufsbildung, Förderung der Hilfe für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und Vertriebene, Opfer von Straftaten sowie Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens. Damit sind wir weiter berechtigt, für Spenden und Mitgliedsbeiträge Zuwendungsbestätigungen (Spendenbescheinigungen) auszustellen.

Dass die Erteilung der Gemeinnützigkeit keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt der aktuelle Fall von Attac, denen das Finanzamt die Gemeinnützigkeit entzogen hat. Als *Lebenshaus* wurden wir 2015 Gründungsmitglied der Allianz „*Rechtssicherheit für politische Willensbildung*" und setzen uns für eine sofortige Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts ein. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die zu einer starken Demokratie beitragen, dürfen nicht länger Gefahr laufen, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Mehr dazu ist in diesem Rundbrief zu lesen.

Veranstaltung mit Ullrich Hahn: „Menschen auf der Flucht - Asyl in Deutschland?"



Am 16. März 2016 findet im Evang. Gemeindehaus in Gammertingen eine Veranstaltung mit dem Titel „Menschen auf der Flucht - Asyl in Deutschland?" statt. Rechtsanwalt Ullrich Hahn wird dabei einerseits auf die weltweite Flüchtlingssituation und ihre Hintergründe eingehen. Außerdem wird er von seinen reichhalten Erfahrungen berichten und Fragen beantworten wie: Warum verlassen Menschen ihre Heimat? Wie verhalten sich Europa und Deutschland gegenüber Flüchtlingen und Migranten? Was erwartet diese Menschen, wenn sie es bis nach Deutschland schaffen? Wie ist das Asylverfahren strukturiert? Wer bekommt Asyl, wer einen anderen Bleiberechtsstatus, wer muss wieder gehen? Und was hat das alles mit uns zu tun?

Ullrich Hahn ist Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Ausländer- und Asylrecht. Seit Ende der 1980er Jahre berät und unterstützt er im Rahmen des Rechtsberaternetzes des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR Flüchtlinge und Asylsuchende. Dieses Netz ist ein bundesweiter Zusammenschluss von verschiedenen spezialisierten Rechtsberaterinnen und Rechtsberatern, die konkrete Rechtsberatung und -vertretung für Flüchtlinge und Asylsuchende in Deutschland durchführen. Ullrich Hahn ist zudem Präsident des *Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes*. Über viele Jahrzehnte war er in verschiedenen Gremien der evang. Landeskirche Baden tätig.

Veranstalter: Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Weltladen Gammertingen

„Fukushima und Tschernobyl mahnen"

Am 11. März jährt sich Fukushima zum fünften Mal. Am 26. April ist Tschernobyl 30 Jahre her. Doch beide Katastrophen sind nicht Vergangenheit, sondern dauern bis heute an. Und sie können sich jederzeit wiederholen. Umso wichtiger, dass wir nicht nur mit Nachdruck an die unsäglichen Folgen der beiden Kernschmelzunfälle erinnern, sondern auch Druck machen, die acht Atomkraftwerke, die hierzulande noch laufen, endlich abzuschalten. Die Gefahr eines Super-GAUs ist nicht gebannt!



Bereits für den 6. März 2016 ruft ein breites Bündnis unter dem Motto „Tschernobyl und Fukushima mahnen!" zu einer Demonstration zum Atomkraftwerk Neckarwestheim und einer Kundgebung auf. *Lebenshaus Schwäbische Alb* gehört zu den Unterstützern dieser Veranstaltung. www.endlich-abschalten.de

Am 11. März lädt *Lebenshaus Schwäbische Alb* zu einer Mahnwache in Gammertingen ein. Diese findet im Rahmen bundesweiter Mahnwachen statt, zu denen die Anti-Atom-Organisation *.ausgestrahlt* zum Fukushima-Jahrestag aufruft. www.lebenshaus-alb.de

Irene Breiter (1933 - 2016)

Irene Breiter aus Wiesbaden, Unterstützerin des *Lebenshauses* fast von Anbeginn, starb am 21. Januar im Alter von 82 Jahren. Sie kennengelernt zu haben, dafür sind wir dankbar und ihr Tod erfüllt uns mit Trauer.



Irene Breiter bei einer Blockade am Atomwaffenstützpunkt Büchel.

Es war im Jahr 1995, als uns Irene aus dem hessischen Taunus zum ersten Mal im *Lebenshaus* besuchte. Sie nahm damals auch an einer Mitgliederversammlung teil, in welcher der Vorstand darlegen musste, dass zu diesem Zeitpunkt, mitten in den Renovierungsarbeiten, kein Geld mehr vorhanden war, um die vor dem Einzug der ersten *Lebenshaus*-Gäste noch erforderlichen Baumaßnahmen durchzuführen. In dieser schwierigen Situation erwies sich Irene als ein „Engel", denn sie sagte uns ein großes zinsloses Darlehen zu. Mit großer Erleichterung konnten dann die Baumaßnahmen zügig fortgesetzt werden.

Wir hatten gleich bei dieser ersten Begegnung eine Freundin gewonnen, die durch viele Schwierigkeiten hindurch beständig an uns und das Projekt *Lebenshaus* glaubte. Immer wieder war Irene für einige Tage zu Besuch im *Lebenshaus* - auch um hier ganz praktisch mitzuarbeiten. Einen ihrer Besuche im Sommer 1996 nutzten wir für eine öffentliche Veranstaltung, in der Irene über ihren mehrmonatigen Aufenthalt in einem Dorf in Guatemala berichtete, wo sie Flüchtlinge vor gewaltsamen Übergriffen schützen half. Diese Solidaritätsarbeit für die Menschen in Bolivien und Guatemala, deren Situation sie von mehreren längeren Aufenthalten in Mittel- und Südamerika kannte, lag ihr sehr am Herzen.

Bei ihrem Engagement für Frieden und Gerechtigkeit nahm Irene auch immer wieder an Aktionen des Zivilen Ungehorsams teil, so etwa an „Entzäunungsaktionen" an der US-Kommandozentrale EUCOM in Stuttgart-Vaihingen oder an Blockaden am Atomwaffenstandort Büchel in der Eifel.

Bei ihrer Suche nach einer Gemeinschaft hatte sich Irene auch überlegt, ob sie zu uns nach Gammertingen ziehen möchte. Sie konnte sich letztlich nicht vorstellen, so weit weg von Familie und Freunden auf der Schwäbischen Alb zu wohnen. Die herzliche Verbundenheit und gemeinsame Überzeugungen blieben auch über Entfernungen hinweg bestehen.

Irene wird uns mit ihrem stetigen und nachhaltigen Engagement und bescheidenen Lebensstil ein Vorbild bleiben.

Terminübersicht

6. März 2016 – 13:00 Uhr am Bhf. in Kirchheim/Neckar: Demo zum AKW Neckarwestheim: **„Tschernobyl und Fukushima mahnen!"** Ein breites Bündnis von Organisationen und Initiativen unterstützt diese Aktion, darunter auch *Lebenshaus Schwäbische Alb*. www.endlich-abschalten.de.

11. März 2016 - 18:00 - 18:45 Uhr Mahnwache am Stadtbrunnen in Gammertingen: „Fukushima und Tschernobyl mahnen". Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* Diese Mahnwache findet im Rahmen bundesweiter Mahnwachen anlässlich des 5. Jahrestags der Fukushima-Katastrophe und des 30. Jahrestags von Tschernobyl statt. Infos im Internet: https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/jahrestage-fukushima-und-tschernobyl/mahnwachen/

16. März 2016 - 20:00 Uhr im evang. Gemeindehaus in Gammertingen: ***„Menschen auf der Flucht - Asyl in Deutschland?"*** Informationsveranstaltung mit Rechtsanwalt Ullrich Hahn. Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb* und *Weltladen Gammertingen*.

26. März 2016 – **Landesweiter Ostermarsch Baden-Württemberg in Stuttgart: „Fluchtursache Krieg bekämpfen! Kriegseinsätze sofort beenden!"** Auftakt: 12 Uhr beim Karrierezentrum der Bundeswehr, Heilbronnerstr. 188. Anschließend Demo durch die Innenstadt zur Abschlusskundgebung um 14 Uhr auf dem Schlossplatz. Veranstalter ist das Friedensnetz Baden-Württemberg. *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt den Ostermarsch.

9. April 2016 - 10.00 Uhr: **Mitgliederversammlung Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.**

15. Okt. 2016 - 10.00 - 18.30 Uhr im evang. Gemeindehaus Gammertingen: **Tagung 2016: „'We shall overcome!' Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biographische Zugänge"**.

16. Okt. 2016 – 10.00 - 12.00 Uhr **Besuch der Gedenkstätte Grafeneck** mit Führung, 12.00 bis 14.30 Uhr **Wanderung zum Gestüt Marbach**

Begegnungen mit geflüchteten Menschen

Von Katrin Warnatzsch, Sozialer Friedensdienst im Lebenshaus

In der Winterkälte laufe ich in den Einkaufsmarkt, um noch schnell zwei Packungen Mini-Tomaten für das Asylcafé einzukaufen, als mich zwei junge Männer ansprechen: „Hallo, wie geht es Dir?“ Ich kann kaum durch meine angelaufene Brille erkennen, wer es ist, aber die Gestalten und die Freundlichkeit kommen mir bekannt vor. „Hier hast Du mein Taschentuch, gib mir die Brille“, ich fange an zu lachen und die Brille in der Luft zu schwenken....



Flüchtlinge streichen unter der Anleitung von Anne und Hans Landenberger eine Wand im Asylcafé in Gammertingen. Foto: K. Warnatzsch.

Es ist laut und bereits sehr voll im Asylcafé in Gammertingen, kaum eine ruhige Ecke zu finden. Schichtwechsel, nach zwei Stunden kommen die nächsten beiden Freiwilligen, die die erste Schicht ablösen wollen. Eine Frau ist zum ersten Mal in ihrem Dienst, noch unsicher, wie sie Kontakt aufnehmen soll. Da sitzen viele Männer am Tisch, unterhalten sich und spielen, andere stehen laut lachend um den Tischkicker herum. Wie kann man da unkompliziert dazukommen? Wir nehmen uns einen großen Block Papier, Filzstifte und Scheren. Kleben ein Plakat aus Packpapier an eine Wand im Flur, schon gesellen sich zwei Männer dazu, halten die Rolle, fragen: „Was machen wir? Was wird das? Kann ich Dir helfen?“ Wir erklären ihnen, dass sie ihre Schuhe ausziehen sollen. Oh, das ist aber überraschend! Was wird aus den Schuhen rauskommen? Zögernd zieht der erste seinen leichten Leinenstiefel aus, stellt einen Fuß auf das Papier, wir fahren mit dem Filzstift in weniger als einer Sekunde drum herum. Ah, es geht ganz schnell und ist ungefährlich, sehen die anderen. Sie beginnen, die Abdrücke auszuschneiden. Das ist mühevoll. Wann haben sie das letzte Mal eine Schere benutzt? Dann kleben wir die Füße auf das Plakat, sie schreiben stolz ihre Namen darauf und ebenso ihre Schuhgrößen. Ich zeige ihnen meine Wollsocken, versteckt in warmen Stiefeln. Ja, das wollen sie auch haben, Socken, die wärmen und atmen. „Meine Mutter hat das früher auch gemacht, solche Socken, sogar Schuhe gestrickt, aber jetzt ist sie zu alt, sie hat mir auch Pullover gestrickt...“, erinnert sich einer mit glänzenden Augen. „Hast Du Hilfe?“ Ich bin ganz überrascht, frage drei Mal nach, was er meint. Schließlich verstehe ich, dass er fragt, wie viele Leute wir sind, die Socken stricken, denn so viele Männer wollen ja Socken haben, „sonst dauert es ja so lange...“.

Inzwischen meldeten sich einige Frauen, die gerne Wollsocken stricken für die Geflüchteten. Mit Wolle, für die andere wiederum die Mittel ans *Lebenshaus* gespendet haben. So können sich auch Menschen einbringen und den Geflüchteten Gutes tun, die ansonsten kaum Wege finden, direkten Kontakt aufzunehmen. Doch in jedem eigens gefertigten Strumpf stecken Mitgefühl und Zuwendung! Und auf langen Fluchtwegen geschundene Füße können sich endlich wärmen und wohl fühlen. Der Bedarf ist riesig, Geflüchtete gibt es überall. Fangen wir an!

Auch längst unter uns lebende, ehemalige Kriegsflüchtlinge, zum Beispiel vom Balkan, wollen weiterhin wahrgenommen werden. Ihre ehemalige Heimat, nun Nachkriegsland, bietet noch immer kaum Perspektiven für ein auskömmliches Leben. Von dort will die junge Generation am liebsten ebenfalls fort, dorthin, wo sie „leichteres und besseres“ Leben vermuten. Ein funktionierendes Gesundheitswesen ist nicht auszumachen, ohne Schmiergeld keine Chance. Die damals Geflohenen haben in Deutschland oft viele Jahre prekäre Jobs versehen und ihre Gesundheit ruiniert, müssen Unterstützungsgeld zu Verwandten schicken und das Heimweh holt sie besonders ein, wenn Eltern erkranken oder sterben. Haben sie keine ausreichenden Aufenthaltspapiere erhalten, droht ihnen inzwischen die Abschiebung, als Folge der „neuen Flüchtlingswelle“, und der bizarren Entscheidungen, Krisenländer plötzlich zu sicheren Herkunftsländern zu erklären.

Mir bleibt an manchen Tagen nur, mit dermaßen bedrückten Menschen einen Gang durch die Natur zu machen, zuzuhören, offen zu bleiben, sie wahrzunehmen, dauerhaftes Willkommensein zu zeigen.



Spielen und entspannen im Asylcafé. Foto: K. Warnatzsch.

Trauer um Andreas Buro

Von Michael Schmid



Am 19. Januar erhielten wir die traurige Nachricht, dass Andreas Buro, über Jahrzehnte einer der herausragenden Vertreter der Friedensbewegung, im Alter von 87 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist. Neben der Trauer über seinen Tod kommt in mir das Gefühl großer Dankbarkeit gegenüber einem Menschen für das auf, was er fast 60 Jahre lang für die Friedensbewegung und andere soziale Bewegungen geleistet hat. Er war jemand, der unermüdlich und unverzagt auf soziale Bewegungen von unten setzte und sich beharrlich in solchen engagierte, denn für ihn waren diese Bewegungen Träger emanzipatorischer Lernprozesse und Motor gesellschaftlicher Veränderung. Andreas hat scharfsinnig die jeweilige politische und gesellschaftliche Situation analysiert und daraus Aufgaben für die sozialen Bewegungen abgeleitet. Der Gewalt hat er eine entschiedene Absage erteilt, auf Gewaltfreiheit gesetzt und Zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zu militärischen „Lösungen" vertreten und methodisch ausgearbeitet. Er hat auch in schwierigen Zeiten Mut und Hoffnung bewahrt, dass die Verhältnisse zum Besseren gewendet werden können. Ohne Andreas wäre unser Land wahrlich um Vieles ärmer gewesen!

Es war in den frühen 1970er Jahren, als ich zum ersten Mal auf den Namen Andreas Buro stieß. Er war Autor zahlreicher interessanter Artikel, die ich damals in mich aufsog. Erstmals persönlich begegnet bin ich Andreas, als wir 1982 einen gemeinsamen Workshop zur Geschichte der Friedensbewegung in Tübingen abhielten. Weitere persönliche Begegnungen gab es dann z.B. bei einem Wochenendseminar im Chiemgau („Friedensarbeit auf dem Lande"), bei einer Blockade der Atomraketenstellung Mutlangen und zahlreichen weiteren Veranstaltungen.

Bei einem Besuch in seinem Haus in Grävenwiesbach im Taunus lernte ich seine ganz andere Seite kennen. Andreas als Familienmensch, in großer Sorge um seine schwer erkrankte Frau Ruth (sie starb ein paar Monate später). Mit Stolz präsentierte Andreas seinen Garten und auch das offen konstruierte Haus. Im Gespräch entdeckten wir ebenfalls, dass wir ein gemeinsames Hobby pflegten: das Laufen. Beim Abschied überreichte mir Andreas damals noch einen ganzen Stapel von Broschüren und Zeitschriften, in denen er zu jeweils aktuellen Themen geschrieben hatte. Darin zu finden war dann wieder „der Stoff", für den ich Andreas bereits viele Jahre schätzte.

In seinem 1997 erschienenen Buch „Totgesagte leben länger - Die Friedensbewegung" schrieb Andreas Buro: „*Ich sehe deshalb keinen Grund, den Kampf um das Gemeinsame und Gesellschaftliche aufzugeben und nur noch nach individuellen Nischen zu suchen. Auch ohne die großen Zukunftsvisionen, die sich zumeist als trügerisch erwiesen, können wir uns auf den Weg machen, um für eine solidarische Welt zu arbeiten. Wir können von vielen Ansatzpunkten ausgehen und doch das Ganze im Auge behalten.*" Und tatsächlich hat er selber diesen Kampf bis wenige Tage vor seinem Tod nicht aufgegeben.

Dass er nicht aufgab, hat vermutlich auch viel mit dem Politikverständnis von Andreas zu tun, nicht den „ganz großen Wurf" auf einmal erreichen zu wollen und zu können. Wahrscheinlich bewahrte ihn vor der Resignation, dass er auf Teilziele und gemeinsame, oftmals langwierige soziale Lernprozesse setzte. So antwortete er auf die Vorhaltung, dass selbst weitreichende Teilziele nicht ausreichten, um wirklichen gerechten Frieden zu erreichen: „*Sicher ist der Weg zu einer solidarischeren Weltgesellschaft ein unendlicher Weg. Wir werden niemals das Ziel ganz erreichen. Deshalb wird zu Recht gesagt, der Weg sei das Ziel, will sagen: Auf dem Wege erreichen wir nur Teilziel um Teilziel. Natürlich verirren wir uns auch, aber wir haben Chancen, zurückzufinden und dann den Weg wiederaufzunehmen. Wäre es nicht ein großartiges und bedeutendes Etappenziel, militärische Gewalt aus dem Arsenal menschlich-unmenschlicher Instrumente auszuklammern?*"

Gegen Ende seiner 2011 veröffentlichten Autobiographie „Gewaltlos gegen Krieg. Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten" fragt Andreas Buro: „*Eines Tages werden Stimme und Wort meine Hörer nicht mehr erreichen. Wie sollen dann meine Friedensgedanken noch wirken?*"

Ich bin mir sicher, dass seine Buchveröffentlichungen und zahlreichen Artikel mit politischen Analysen, Konzepten zu Alternativen zum militärischen Konfliktaustrag und guten Argumenten für eine zivile Politik die Gedanken an Andreas Buro lebendig halten werden. Auf unserer *Lebenshaus*-Website findet sich eine umfangreiche Sammlung mit Texten von und über Andreas Buro.

In seinem letzten Kommentar, den wir am 26.12.2015 unter der Überschrift „WARUM?" auf der *Lebenshaus*-Website veröffentlichten, formulierte er sein optimistisches Vermächtnis. Im Gedenken an Andreas Buro drucken wir es nachfolgend ab.

Artikel-Sammlung von Andreas Buro
Unter www.lebenshaus-alb.de bei „suchen" den Namen „Andreas Buro" eingeben oder die Artikel abrufen unter: http://goo.gl/vrwKwa

---

Andreas Buro: WARUM ?

Von Andreas Buro

In diesen Tagen der Feste der Gläubigen wird aus fast allen Himmelsrichtungen um Frieden, ja um Frieden auf Erden gebeten. Dennoch schießen so viele Menschen aufeinander. Warum?



Andreas Buro war schon beim ersten Ostermarsch in Deutschland im Jahr 1960 dabei. Das Bild zeigt den Ostermarsch von Hamburg nach Bergen-Hohne. Foto: Konrad Tempel.

Alle wünschen sich Sicherheit für sich selbst, für Frau und Kinder, für Freunde und Freundinnen. Sicherheit ist ein hohes Gut. Der Begriff der Sicherheit wird weitgehend mit dem der Sicherheitskräfte, also dem Militär verbunden. Wie falsch! Ein Rückblick auf das vergangene Jahrhundert. An dessen Beginn kostete ein Krieg um die Hunderttausend Tote, jetzt ist die Auslöschung ganzer Regionen oder sogar der ganzen Menschheit durch wenige Handgriffe möglich. Doch wird immer weiter in diese tödliche Sicherheit investiert. Warum?

Als Jugoslawien noch nicht im Bruderkrieg versunken war, reiste ich durch das Land. Wer Kroate, Serbe, Bosnier, Slowene, Mazedonier, Kosovare, usw. war, spielte im täglichen Leben keine große Rolle, 1/3 der Jugoslawen waren in Mischehen verbunden. War man nun was? Egal. Später kam das Unfassbare. Die Völker des Landes wurden gegen einander gehetzt, so dass der Nachbar dem Nachbarn an die Kehle ging. Wie konnte das geschehen? Waren sie alle verrückt geworden? Aus freundlichen Nachbarn wurden grausame und gnadenlose Mörder. Warum?

Vor jedem neuen, potentiellen Krieg, werden die erwarteten Feinde in den Medien immer mehr zur Verkörperung des „Bösen“, während unsere Seite sich in Richtung des „Guten“. bewegt. US-Präsident Reagan hat es dann auf den Höhepunkt der Ignoranz gebracht, indem er die Welt tatsächlich in die „Guten“ (natürlich der Westen, dessen Kriege Millionen töteten) und die „Bösen“ aufteilte. Alles war nun klar, so leicht war die große Vielfalt der Menschheit in Feind- und Freundbilder einzuteilen, während die Wirklichkeit für uns Bürger immer unklarer wurde. Das war und ist von den Herrschenden so gewollt, denn dann glauben wir leichter ihren Militärparolen. In dem Projekt „Münchhausen“ (www.aixpaix.de) sind Kostproben der Lügengeschichten der Herrschenden zu finden. Die Frage für uns lautet, weshalb lassen wir uns immer wieder so manipulieren? Warum?

Als es in Deutschland noch die Wehrpflicht gab, haben erst Hunderte, dann Tausende den Kriegsdienst verweigert. Sie mussten hochnotpeinliche Prüfungen über sich ergehen lassen und zivile Ersatzdienste antreten. Die Zivis wurden in der Bevölkerung zunächst vielfach verächtlich angesehen, bis es so viele wurden und ihre Sozialarbeit in ihrem großen Wert nicht mehr zu leugnen war. Kriegsdienstverweigerung breitete sich über fast die ganze Welt aus. Eine Art von Widerstand von unten gegen den herrschenden Militarismus von oben. Die Erkenntnis brach sich Bahn, Widerstand gegen das militärische Morden ist möglich, aber sehr schwierig. Warum?

Dann geschah etwas Unerwartetes. Die westlichen Angriffskriege liefen auf vollen Touren, doch sie liefen von Afghanistan bis Irak und Syrien schief. Die Militärs verstanden nichts von den angegriffenen Völkern, nichts von deren Mentalitäten, meist nichts von deren Sprachen oder deren kulturellen, sozialen und ethnischen Zusammenhängen. Das Militär erfand daraufhin die zivil-militärische Zusammenarbeit (engl. CIMIC).

Nichtregierungsorganisationen (NRO), die nicht zur Kooperation der militärisch dominierten Struktur bereit waren, wurde mit dem Entzug der Finanzmittel gedroht. Obwohl von den Herrschenden nicht beabsichtigt, konnte sich in dem Gewirr von Papieren und Institutionen von Seiten der pazi-



Seit 2006 gab Andreas Buro in Zusammenarbeit mit der Kooperation für den Frieden die Dossier-Reihe des „Monitoring-Projektes“ heraus, in der ausdifferenzierte Vorschläge zur zivilen Konfliktbearbeitung in bestimmten internationalen Konflikten ausgearbeitet sind.

fischen Kräfte ein neuer Begriff einschleichen und sich schnell in großen Teilen der Welt verbreiten. „Zivile Konfliktbearbeitung“ stieg auf zum Gegenkonzept des militärischen Konfliktaustrages. Ein riesiger Schritt! Warum?

Mir fällt der Vers von Brechts-Moldaulied ein: „Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine …“ Vielleicht sind wir in einer solchen Situation. In vielen Teilen der Welt bilden sich Widerstandsgruppen gegen Krieg und Gewalt, Ausbildungsstätten für Zivile Konfliktbearbeitung entstehen und Ausgebildete werden bereits in Konflikten erfolgreich eingesetzt. Das Bemühen ist oft schwierig - Brechts Wort! Manche Kontrahenten, die nicht mehr siegen können, lassen sich auf Verhandlungen ein und lernen, wie erfolgreich Zivile Konfliktbearbeitung sein kann. Soziale Bewegungen auf anderen Arbeitsfeldern lernen von einander, dass zivile Konfliktbearbeitung auch für sie hilfreich ist. Erstaunlicherweise schleicht sich auch nicht selten bei Militärs Zweifel ein, ob ihr Tun noch sinnvoll sei. Viele sprechen von Friedenslogik, die die Kriegslogik in Frage stellt.

Ein großer Prozess des Umdenkens und der Umorientierung ist im Gange, vielfältig, spannend, Mut fordernd und Ausdauer. Toll! „Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.“ Hier findet Sinnsuche seine Aufgaben. Großartig dabei zu sein!

Quelle: Dialog-Kreis - Nützliche Nachrichten 11-12/2015.

Werben für Alternativen: Menschen vor Gewalt schützen – nicht bombardieren

Von Christine Schweitzer

In den 1990er Jahren wurde der Begriff der „humanitären Intervention” geprägt; in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends wurde auf der Ebene der Vereinten Nationen das Konzept der Schutzverantwortung eingeführt, das militärische Interventionen als letztes Mittel vorsieht. Aber ist es nicht absurd, Menschen zu schützen, indem man ihre Städte und Dörfer bombardiert, nur weil sich dort auch diejenigen aufhalten, die diese Verbrechen begehen? Und was ist mit all den Ländern und Konflikten, wo kein internationales Militär hin entsandt wird, weil sie als nicht wichtig genug (für die Politik oder Wirtschaft der Interventen) eingeschätzt werden? Müssen die Menschen dann schutzlos bleiben?

Eine Alternative in vielen solchen Fällen ist das Zivile Peacekeeping. Darunter wird ein Ansatz verstanden, Menschen vor Gewalt in Konfliktsituationen zu schützen, indem eine längerfristige Präsenz unbewaffneter ausgebildeter Friedensfachkräfte vor Ort aufgebaut wird.

Ziviles Peacekeeping verbindet Aktivitäten, die direkt der Gewaltprävention dienen, mit solchen, bei denen es darum geht, Konfliktparteien zusammenzubringen und die Fähigkeiten lokaler Gemeinschaften zu stärken, Gewalt-Eskalationen zu widerstehen. Es wird sowohl durch Nichtregierungs-Organisationen (NROs) als auch von Staaten-(bündnissen) und internationalen Organisationen eingesetzt. Seine Wurzeln gehen mindestens 80 Jahre zurück in die Zeit des indischen Unabhängigkeitskampfes, als Gandhi seinen Vorschlag einer „Friedensarmee“ entwickelte. Seither ist es von vielen NROs weiterentwickelt worden, darunter *Peace Brigades International (PBI)* und *Nonviolent Peaceforce (NP)*. Seit ca. zehn Jahren setzt *Nonviolent Peaceforce* das Zivile Peacekeeping erfolgreich in Bürgerkriegsgebieten, u.a. auf den Philippinen und im Südsudan, ein.

Von staatlicher Seite hat es ebenfalls mehrere Missionen gegeben, die mit unbewaffnetem Personal durchgeführt wurden und die Überwachung von Waffenstillständen zur Aufgabe hatten. Beispiele hierfür sind die Truce Monitoring Group in Bougainville am Ende der 1990er Jahre und die Kosovo Verification Mission der OSZE 1998-99.



Foto: Nonviolent Peaceforce

Aufgabengebiete

Die Aufgabenbereiche des Zivilen Peacekeeping sind die Beobachtung von Waffenstillständen und anderen Übereinkommen, sowie von Wahlen oder Referenden. Darüber hinaus beteiligen sich die Zivilen PeacekeeperInnen aktiv am Aufbau und der Stärkung von lokalen Systemen der Frühwarnung und frühen Handelns. Besondere Schwerpunkte der Arbeit sind der Schutz von besonders bedrohten Gruppen und Gemeinschaften, wie z.B. Vertriebenen oder ethnische Minderheiten, politisch Verfolgten oder generell der Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten.

Ziviles Peacekeeping funktioniert dann, wenn es den PeacekeeperInnen gelingt, vertrauensvolle Beziehungen zu allen Konfliktparteien und zu den Menschen vor Ort aufzubauen.

Vorbedingung dafür sind Überparteilichkeit und Unabhängigkeit von staatlichen oder anderen Partikularinteressen, seien diese ökonomischer, missionarischer oder politischer Art. Außerdem riskiert der potentielle Angreifer, dass die internationalen Zivilen Peacekeeper die Untat weltweit bekannt machen, was die Staaten wie aufständische Gruppen in aller Regel fürchten.



Foto: Nonviolent Peaceforce

Eine allein auf zivilen Prinzipien beruhende Außenpolitik sollte sich dieses Instrument zu Nutzen machen, wenn es darum geht, Menschen in Krisengebieten vor militärischer Gewalt zu schützen.

Beispiele

Die beiden folgenden Beispiele stammen von *Nonviolent Peaceforce*, einer 2001 gegründeten internationalen NGO, die u.a. auf den Philippinen und im Südsudan tätig ist.

Schutzbegleitung im Südsudan

Mitte 2014 alarmierten Frauen, die in dem Benitu-Schutzgebiet (einer Art offenem Flüchtlingscamp) Südsudan lebten, das dort stationierte Team der Organisation *Nonviolent Peaceforce*. Sie berichteten, dass Frauen von Gruppen von Soldaten überfallen und vergewaltigt würden, wenn sie das Schutzgebiet verließen, um Feuerholz oder Wasser zu holen. Sie berichteten, dass die Soldaten diese Überfälle manchmal als Teil ihrer Arbeit bezeichneten. Oft nahmen ältere Frauen den Gang auf sich, um die jüngeren zu beschützen und die Wahrscheinlichkeit eines Überfalls zu verringern. Die Frauen mussten die Wahl treffen zwischen ihrer eigenen Sicherheit und der Erfüllung der Grundbedürfnisse ihrer Familien.

Nonviolent Peaceforce begann die Frauen zu begleiten, wenn sie das Camp verließen. Zwei oder mehr trainierte zivile BegleiterInnen wurden mit ihnen geschickt. Seitdem dieser Schutz geboten wurde, ist keine Frau attackiert worden, wenn sie begleitet wurde. Stattdessen sahen die Soldaten weg. Im letzten Jahr hat *Nonviolent Peaceforce* im Südsudan mehr als 1.000 Schutzbegleitungen für gefährdete Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder, durchgeführt.

Überwachung eines Waffenstillstands

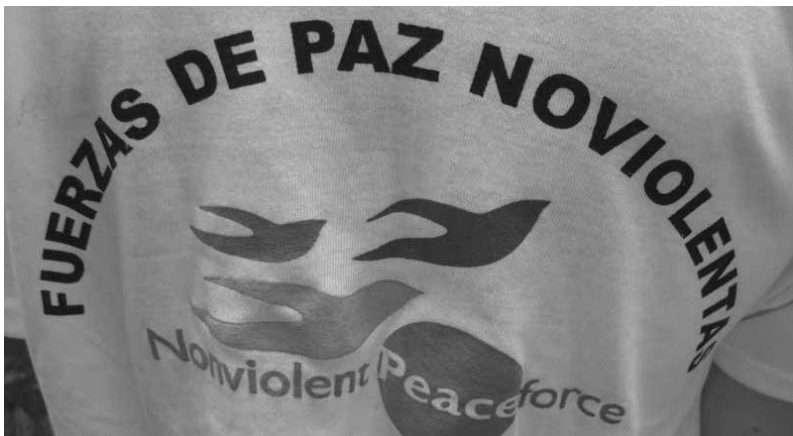
Auf den Philippinen war *Nonviolent Peaceforce (NP)* Teil des internationalen Monitoringteams, welches die Friedensprozesse und Waffenstillstandsabkommen zwischen der nationalen Regierung und der Moro Islamic Liberation Front (MILF) auf Mindanao überwacht. Der vierjährige Waffenstillstand führte zu einer Rahmen-Friedensvereinbarung zwischen der Regierung der Philippinen und der Moro Islamic Liberation Front (MILF), die im März 2014 unterschrieben wurde.

In einem Dorf näherten sich Streitkräfte der Philippinen (AFP) und der MILF, schwer bewaffnet und bereit zu kämpfen, bis auf 50 Meter. Die etwa 800 EinwohnerInnen des Dorfs gerieten in Panik und bereiteten sich auf eine Flucht vor.

Ein von NP in Frühwarnung und früher Reaktion trainierter Beobachter informierte den lokalen Partner von NP, die Kalimudan Foundation INC., die wiederum NP informierte. NP kontaktierte sofort die MILF und die für Koordinierung von Truppenbewegungen verantwortlichen staatliche Stellen, um unter Berufung auf die Waffenstillstandsvereinbarung Zusammenstöße zu verhindern. Außerdem kontaktierten sie die Sicherheitskomponente des Internationalen Beobachtungsteams, der NP angehört und die ein drittparteilicher Waffenstillstandsmechanismus unter Leitung von Malaysia ist.

Innerhalb einer Stunde taten die Waffenstillstandsmechanismen, wozu sie geschaffen worden waren: Sie verhinderten offene Feindseligkeiten, indem sie strukturierte Kommunikationslinien nutzten. Ein Zusammenstoß und damit der Verlust von Menschenleben wurden verhindert. ZivilistInnen mussten nicht fliehen.

Und auf der höheren Ebene? Zu dieser Zeit trafen sich MILF und RegierungsrepräsentantInnen in Malaysia zu Friedensgesprächen. Wäre es an diesem Tag zu Gewalt gekommen, wären die Gespräche wahrscheinlich unterbrochen worden. Und wäre die Gewaltspirale außer Kontrolle geraten, hätten im schlimmsten Fall die Gespräche scheitern können. Nicht lange nach dem Vorfall unterzeichneten die MILF und die



Regierung eine Rahmenvereinbarung für Frieden – ein monumentaler Schritt zu einem gerechten und dauerhaften Frieden.

Forderungen an die deutsche Politik

Ziviles Peacekeeping ist ein Instrument, das im Aktionsplan Zivile Krisenprävention von 2004 keine Berücksichtigung findet. Die Bundesregierung sollte im Rahmen ihrer Aktivitäten für zivile Krisenprävention der Option des zivilen Peacekeepings Aufmerksamkeit schenken. In manchen Konflikten – vielleicht z.B. gegenwärtig in der Ukraine – könnte es eine Option sein, um die Sicherheit von Zivilbevölkerung zu erhöhen.

Zum zweiten sollte die Bundesregierung im Rahmen ihres Engagements in der OSZE, dem Europarat, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen sich für diese Option stark machen. Einige dieser internationalen Organisationen unterstützen bereits finanziell ziviles Peacekeeping durch NROs oder haben sogar eigene Missionen dieser Art entsandt.

Was für schnelle und flexible Einsätze des zivilen Peacekeeping durch NROs fehlt, sind oftmals eigene Budgetlinien bei internationalen und nationalen Geldgebern. Nur zu oft werden solche Einsätze durch die Etats der Entwicklungszusammenarbeit finanziert, die hierfür eigentlich nicht gedacht sind. Es geht darum, bei den eingestellten Haushaltsmitteln



Foto: Nonviolent Peaceforce

für friedenserhaltende Missionen eine Möglichkeit zu schaffen, auch die subsidiäre Arbeit von NROs im Bereich des zivilen Peacekeepings zu finanzieren.

Christine Schweitzer ist Co-Geschäftsführerin des Bund für Soziale Verteidigung (BSV). Der BSV setzt sich für das Zivile Peacekeeping ein; auf seiner Website sind etliche Publikationen zu dem Thema zu finden (s. www.soziale-verteidigung.de).

Januar 2016: Täglich acht tote Flüchtlinge in der Ägäis

Rund 300 Menschen haben im Januar an den europäischen Außengrenzen ihr Leben verloren – die meisten bei Bootskatastrophen in der Ägäis. Der Zynismus ist kaum zu übertreffen: Während die Todeszahlen täglich steigen, drängen die europäischen Staats- und Regierungschefs Griechenland und die Türkei zu verstärkter Abwehr.



Aus Verzweiflung über das Fehlen von legalen und sicheren Fluchtwegen kommen immer mehr Frauen und Kinder über den Seeweg nach Europa - ein lebensgefährliches Unterfangen. Foto: UNHCR/Achilleas Zavallis

Rund 58.600 Schutzsuchende erreichten UNHCR zufolge im Januar die griechischen Küsten. Mehr als die Hälfte von ihnen sind mittlerweile Frauen und Kinder - PRO ASYL hatte bereits im Dezember davor gewarnt, dass dies eine Folge der Einschränkung des Familiennachzugs sein wird. Unvermindert kommt es bei der gefährlichen Flucht über das Mittelmeer zu Todesfällen:

Chronik des Todes: Bootsunglücke im Januar

2. Januar 2016: Ein Flüchtlingsboot rammt kurz vor der griechischen Insel Agathonisi einen Felsen und kentert. 39 Schutzsuchende werden von der griechischen Küstenwache gerettet, ein zwei Jahre alter Junge aus Syrien ertrinkt.

5. Januar 2016: Zwei Schlauchboote kentern bei der Überfahrt auf die Insel Lesvos. Medienberichten zufolge sterben mindestens 31 Menschen – die Leichen werden an die türkische Küste angeschwemmt.

22. Januar 2016: 45 Flüchtlinge sterben kurz vor der Insel Kalimnos – darunter mindestens 17 Kinder.

27. Januar 2016: Mindestens 25 Menschen sterben bei einer Bootskatastrophe, die sich kurz vor der Insel Samos ereignet. Unter den Toten sind zehn Kinder. Zehn Schutzsuchende werden gerettet.

30. Januar 2016: Bei dem Versuch, die griechische Insel Lesbos von der türkischen Provinz Çanakkale aus zu erreichen, kentert ein Boot. Mindestens 39 Menschen kommen ums Leben, darunter fünf Kinder. Die Flüchtlinge stammen unter anderem aus Syrien, Afghanistan und Myanmar.



Ein Überlebender auf Lesbos blickt auf die Ägäis, in der allein im Januar 2016 über 200 Flüchtlinge auf der Flucht nach Europa starben. Foto: Bartek Langer

Diese und weitere dramatische Katastrophen ereigneten sich zu Beginn des Jahres. Noch nie gab es im Januar so viele Todesfälle wie in diesem Jahr. Mindestens 244 Menschen verloren IOM zufolge allein vom 1. bis zum 28. Januar 2016 ihr Leben bei dem Versuch, Europa zu erreichen – 218 von ihnen in der Ägäis. Im Klartext heißt das: Jeden Tag sterben durchschnittlich acht Menschen, die auf der Suche nach Schutz in Europa sind, auf der gefährlichen Überfahrt.

Reaktion Europas: Grenzabschottung statt Seenotrettung

Die Todeszahlen bleiben in den Äußerungen der politischen Verantwortlichen in Europa unerwähnt. Hier interessiert vor allem eins: Wie kann durch effektivere Abwehr die Ankunft von weiteren Schutzsuchenden auf den griechischen Inseln verhindert werden? Nach wie vor landen täglich rund 2.000 Flüchtlinge an. Dabei stehen sowohl Griechenland, als auch die Türkei in der Kritik.

Während der griechischen Regierung in einem Bericht massive Mängel bei der Grenzsicherung attestiert werden, erziele auch die Türkei bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Grenzschutzes „nur begrenzte Fortschritte", heißt es in einem EU-Bericht für den Bundestag über die bisherige Umsetzung des im November beschlossenen EU-Türkei-Abkommens.

Das „Versagen" der griechischen und türkischen Grenzbeamten wird in Brüssel als Skandal gesehen – nicht jedoch die täglichen Todesmeldungen ertrunkener Flüchtlinge in der Ägäis.

Schikane gegen private Lebensretter

Doch damit nicht genug. Auch den nicht-staatlichen Rettungsorganisationen, die in der Ägäis im Einsatz sind, wird die Arbeit immer weiter erschwert: Künftig dürften zivilgesellschaftliche Organisationen nicht mehr in den Gewässern vor den griechischen Küsten „patrouillieren", heißt es in einer schriftlichen Anweisung der griechischen Küstenwache vom Januar. Die Begründung: Der Einsatz der HelferInnen könne Schutzsuchende ermutigen, die Überfahrt zu wagen – altbekannte Abwehrargumente auf Kosten von Menschenleben.

Die Seenotrettungsorganisationen dürfen künftig nur dann noch Rettungseinsätze vornehmen, wenn sie von den Behörden angefragt werden. Dies betrifft auch die Organisation Sea-Watch, die seit November nahe der Insel Lesbos im Einsatz ist. Am 13. Januar wurde zudem eine Funkstation, die an der nördlichen Küste der Insel Lesbos von den Organisationen Ärzte ohne Grenzen und Greenpeace unterhalten wurde, von der Polizei geschlossen. Funkstationen sind für die Rettungseinsätze von großer Bedeutung. Hier werden Flüchtlingsboote so früh wie möglich geortet, der Handlungsbedarf eingeschätzt und die Einsätze der Rettungsteams koordiniert.

In zwei Fällen wurde gar wegen „Schlepperei" strafrechtlich gegen Rettungsschwimmer vorgegangen. Die Kriminalisierungsversuche richteten sich unter anderem gegen Salam Aldeen, einen weiteren Kollegen aus dem dänischen „Team Humanity" und drei spanische Rettungsschwimmer. Sie wurden 48 Stunden in Gewahrsam genommen, ihr Boot wurde beschlagnahmt. Auf Kaution wurde Salam Aldeen freigelassen, nun soll er wegen Schlepperei angeklagt werden.

Neue Dimension der menschlichen Tragödie

Was sich zu Beginn des Jahres 2016 in der Ägäis abspielt, ist eine neue Dimension des menschlichen Dramas an Europas Grenzen. Unter dem europäischen Druck auf die Behörden in Griechenland und der Türkei, die Grenzabschottung zu verstärken, wird die Todesrate weiter steigen.

Die Berichterstattung hat das Ausmaß des Sterbens an Europas Grenzen selten so deutlich gemacht. Europa muss sich seiner Verantwortung bewusst werden und endlich gemäß seiner humanitären Werte handeln: Stoppt das Sterben – öffnet gefahrenfreie Wege!

Quelle: PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V. - News vom 03.02.2016.



Moria im Oktober 2015: Im ersten EU-"Hotspot" herrschen katastrophale Bedingungen.
Foto: Salinia Stroux / PRO ASYL RSPA-Projekt)

Attac: Finanzamt bremst demokratisches Engagement

Allianz fordert Gesetzesänderung: Gemeinnützigkeitsrecht muss Attac und anderen aktiven Vereinen Sicherheit geben.

Das Finanzamt Frankfurt verweigert dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac weiterhin die Gemeinnützigkeit. Wie Attac jetzt mitteilte, hat das Finanzamt den Einspruch des Trägervereins gegen den aberkennenden Bescheid abgelehnt.

„*Bund und Länder müssen das Gemeinnützigkeitsrecht sofort ändern. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die zu einer starken Demokratie beitragen, dürfen nicht länger Gefahr laufen, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Es gibt einen gesellschaftlichen und politischen Konsens, dass zivilgesellschaftliches Engagement auch politisch sein darf. Das Gesetz bildet diesen Konsens nicht ab, es ist unklar und widersprüchlich", erklärt dazu Stefan Diefenbach-Trommer, Koordinator der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung*".

Eine Vielzahl von Vereinen und Stiftungen fühlt sich von der Entscheidung gegen Attac bedroht, da die gleiche Rechtsgrundlage für sie gilt. Mehr als 60 haben sich in der *Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung"* zusammengeschlossen. Sie fordern, dass der Schutz der Menschenrechte, das Engagement gegen Diskriminierung und für soziale Gerechtigkeit genauso gemeinnützig sein soll wie der Umweltschutz. „*Nicht nur die Gemeinnützigkeit von Attac ist durch das veraltete Gesetz bedroht*", sagt Diefenbach-Trommer.

„*Diese Entscheidung ist ein fatales Signal für die Zivilgesellschaft in Deutschland. Statt das Engagement zehntausender Menschen für eine gerechtere Welt zu fördern, wird ihnen die Arbeit erschwert. Wer das Recht so auslegt, verpasst kritischen Organisationen einen Maulkorb und gefährdet die politische Willensbildung in diesem Land*", sagt Matthias Fiedler, Geschäftsführer der *Bewegungsstiftung* und im Beirat der *Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung"*. Und weiter: „*Unsere Demokratie lebt davon, dass Menschen sich einmischen und gegen Missstände auf die Straße gehen. Organisationen, die dieses Engagement fördern, sind gemeinnützig.*"

Attac wird gegen die Entscheidung klagen. Bis zu einer endgültigen Entscheidung können Jahre vergehen. Attac wird bis dahin ohne den Status der Gemeinnützigkeit weiter seine Satzungszwecke erfüllen, obwohl die Arbeit des Netzwerks dadurch erschwert wird. Zum Beispiel, weil Attac keine öffentlichen Zuschüsse oder Zuwendungen von Stiftungen erhalten kann.

Quelle: Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung" (http://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/) - Pressemitteilung vom 17.02.2016.

Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V. ist Gründungsmitglied der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung".



Gemeinschaft gibt Wärme!
Foto: M. Schmid.

Von ihnen dürfen wir lernen

Von Konstantin Wecker



Liebe Freunde,

bei einem Angriff der islamistischen al-Shabaab-Miliz auf einen Bus im Nordosten Kenias haben die Angreifer die Passagiere des Busses aufgefordert, sich nach Christen und Muslimen aufzuteilen, um die Christen anschließend zu töten. Die Muslime aber weigerten sich, die Christen auszuliefern, sagte der kenianische Innenminister Joseph Nkaissery. Was für eine wunderschöne Nachricht, die ich sofort mit euch allen teilen möchte.

CNN zufolge waren etwa 100 Menschen in dem Bus. Einem Zeugen zufolge sollen die Muslime den Christen geholfen haben, sich auf dem Dach und im Bus zu verstecken. Christlichen Frauen seien Hijabs, also muslimische Verschleierungen, gegeben worden, damit die Terroristen sie für Musliminnen halten. Die Passagiere des Busses waren CNN zufolge mehrheitlich Frauen. Sie sollen die Terroristen aufgefordert haben, sie entweder alle zu töten oder zu verschwinden. Die Terroristen zogen sich daraufhin zurück. „Diese Muslime haben eine sehr wichtige Botschaft der Einheit ausgesandt, indem sie sagten, wir sind alle Kenianer und wir können nicht geteilt werden vom Menschen“, sagte Nkaissery.

So ist es, ja, wir können nicht geteilt werden vom Menschsein und meine aufrichtige Bewunderung gilt diesen 100 Menschen. Von ihnen dürfen wir lernen. „Mensch unter Menschen zu sein und es auch immer zu bleiben, das ist der SINN des Lebens, das ist seine AUFGABE“, schreibt Fjodor Michailowitsch Dostojewski.

Verbreitet diese Nachricht an alle jene, die uns Menschen teilen wollen in sogenannte Fremde, Andersartige und Feinde: Schützen wir bitte ebenso mutig die Muslime vor den baseballschlägerschwingenden Feiglingen, vor den brandstiftenden Rassisten, vor all jenen, die unsere „christliche Kultur“ bewahren wollen und dabei so wenig Ahnung haben von Kultur wie ein Rassist vom Menschsein.

Quelle: Hinter den Schlagzeilen - 11.01.2016

Wenn jeder eine Blume pflanzte

Wenn jeder eine Blume pflanzte,
jeder Mensch auf dieser Welt,
und, anstatt zu schießen, tanzte
und mit Lächeln zahlte statt mit Geld –
wenn jeder einen andern wärmte,
keiner mehr von seiner Stärke schwärmte,
keiner mehr den andern schlüge,
keiner sich verstrickte in der Lüge,
wenn die Alten wie die Kinder würden,
sie sich teilten in den Bürden,
wenn das WENN sich leben ließ,
wär's noch lang kein Paradies –
bloß die Menschenzeit hätt' angefangen,
die in Streit und Krieg uns beinah ist vergangen.

Peter Härtling

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen
Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 700 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800
IBAN: DE36430609678023334800
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG
ffuenf
büro für online-kommunikation

Um Umschulung bitten wir,
um Kenntnisse, die wirklich dem Leben dienen,
um die Fähigkeit zur Handarbeit für den Frieden.

Darum bitten wir
um ein neues Gefühl für die Sprache
im Hören auf Unterdrückte und Minderheiten.
Dass wir ein scharfes Gehör entwickeln
für die Sprache von Propheten und Befreiern.
Dass wir tief getroffen und wesentlich
verändert werden durch den Notruf der Machtlosen,
durch den stillen Protest aller Sprachlosen.

Um ein neues Verständnis von Geschichte bitten wir.
Dass wir sie betrachten aus dem Blickpunkt der Verlierer,
nicht aus der Perspektive der Sieger;
aus der Sicht der Sklaven,
nicht aus dem Blickpunkt der Herren.

Um ein neues Verständnis von Erdkunde bitten wir.
Dass wir die Orte des Unrechts kennen.
Dass wir wissen, wo heute Ägypten liegt
und wo die Sklaven der jetzigen Pharaos wohnen.

Um eine neue Naturkunde bitten wir.
Dass wir uns entscheiden
zwischen Schöpfung oder Zerstörung.
Dass wir die Lagerstätten des Todes entlarven
und unsern Kampf für eine menschenwürdige
Umwelt nicht aufgeben.

Um eine neue Methode des Rechnens bitten wir.
Dass wir uns üben im Malnehmen durch Teilen.
Dass ausgerechnet das Zeichen des Brechens und Teilens
das Zeichen des Überlebens wird.
Dass das letzte Abendmahl Jesu
der erste Überfluss für alle wird.

Diethard Zils